



2010

Statistik Kommunal Weidenstetten



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

425130

Impressum

Statistik Kommunal 2010

Artikel-Nr. 8035 10001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Mit freundlicher Genehmigung:
Westermann Schulbuchverlag GmbH,
Braunschweig

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2010

Statistik Kommunal

Weidenstetten

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Datenaufbereitung und Programmierung:** Martin Winter ■ **Redaktion:** Regina Koch-Richter ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz ■ Und mit inhaltlicher Unterstützung der Fachreferate!

Einführung und Inhalt

Zum vierten Mal erscheint die themenübergreifende Publikation „Statistik Kommunal“ für die 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs. Gemeinderelevante Daten werden in knapper und übersichtlicher Form dargestellt. 15 Tabellen und 10 Schaubilder bieten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Gemeindefinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Die zeitliche Entwicklung ist aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystems Baden-Württembergs verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: www.statistik-bw.de und ebenfalls dem darin enthaltenen „Demografie-Spiegel“.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche.....	7
Bevölkerung.....	8
Wahlen	10
Wohnen	11
Bildung.....	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	13
Landwirtschaft	14
Gemeindefinanzen und Personal	15
Wasserwirtschaft	16
Verkehr	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen.....	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2009	ha	1 721
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2009	Anzahl	1 260
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2009	Anzahl	+ 7
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2009	Anzahl	+ 11
Bevölkerungszu-/abnahme 2009	Anzahl	+ 18
Wohnen		
Wohngebäude 2009	Anzahl	353
Wohnungen 2009 ¹⁾	Anzahl	497
Bildung²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	205
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2009/2010	Anzahl	205
Schüler an Realschulen 2009/2010	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2009/2010	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	.
Beschäftigte und Arbeitsmarkt³⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009	Anzahl	85
Pendlersaldo 2009	Anzahl	– 363
Arbeitslose insgesamt 2009	Anzahl	20
Arbeitslose Frauen 2009	Anzahl	11
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2007	Anzahl	22
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007	ha	875
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2009	Anzahl	–
Schlafgelegenheiten insgesamt 2009	Anzahl	–
Ankünfte insgesamt 2009	Anzahl	–
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2009	Anzahl	–
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2009	Anzahl	–
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2009	1 000 EUR	624
Steuerkraftsumme 2009	1 000 EUR	945
Schuldenstand 2009	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2009	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2009	Anzahl	832
Straßenverkehrsunfälle 2009 ⁴⁾	Anzahl	6
Verunglückte Personen 2009	Anzahl	6

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2009	%	7	11	14
Waldfläche 2009	%	47	30	38
Landwirtschaftsfläche 2009	%	46	57	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2009	%	.	9	12
Durchschnittsalter 2009	Jahre	41,7	41,4	42,5
Bevölkerungsdichte 2009	Einw/km ²	73	140	301
Bundestagswahl 2009				
Wahlbeteiligung	%	78,1	74,7	72,4
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	41,4	39,0	34,4
SPD	%	17,1	16,6	19,3
FDP	%	17,0	18,6	18,8
GRÜNE	%	11,7	12,6	13,9
DIE LINKE	%	6,4	6,1	7,2
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2009	%	72	69	58
Wohnfläche je Einwohner 2009	m ²	43	44	43
Bildung²⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2009/2010	%	.	27	25
Übergänge auf Realschulen 2009/2010	%	.	38	34
Übergänge auf Gymnasien 2009/2010	%	.	35	40
Beschäftigte und Arbeitsmarkt³⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2009	%	47	50	39
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2009	%	34	21	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2009	%	19	29	41
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2009	%	–	25	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2009	Tage	–	2,0	2,6
Gemeindefinanzen				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2009	EUR	504	899	857
Schuldenstand je Einwohner 2009	EUR	–	580	883
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2007	Liter/Tag	116	119	116
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2010	EUR/m ³	4,27	3,87	4,16
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2009	Anzahl	585	552	527

Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten

Einw. – Einwohner

EUR – Euro

ha – Hektar

m³ – Kubikmeter

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Mill. – Millionen

Mrd. – Milliarden

VZÄ – Vollzeitäquivalente

Zeichenerklärung

0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null

0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

– Nichts vorhanden (genau null)

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

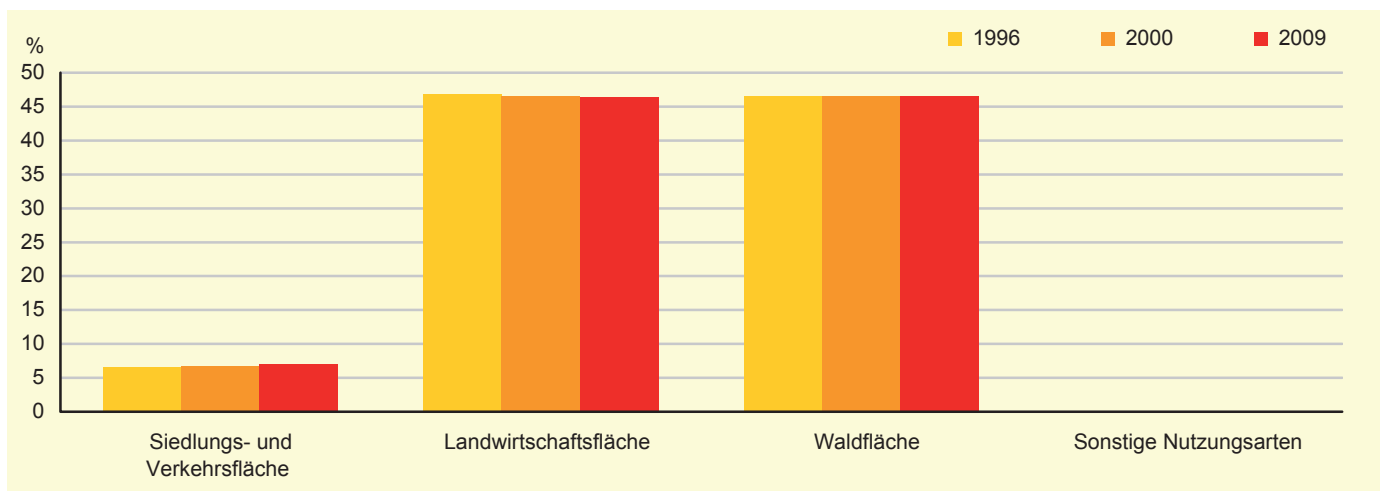
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km². Drei Besonderheiten hat der Südweststaat: mit Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz), die einzige Gemeinde Deutschlands, die eine Exklave und gänzlich von der Schweiz umgeben ist. Der Gutsbezirk Münsingen, gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, über dessen Auflösung und Eingliederung in die umliegenden Gemeinden derzeit verhandelt wird. Die dritte Besonderheit ist der Grundbesitz Rheinau, der gemeindefrei und unbewohnt im Ortenaukreis mit einer Größe von 10 km² liegt. Das Gebiet ist in der anfangs angegebenen Gebietsgröße des Landes berücksichtigt.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit gut 503 000 ha rund 14 %. Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie und Straßen erreichte im Jahr 2009 den Umfang von 7,0 ha und ist damit gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen. Die Gebäude- und Freiflächen nehmen dabei mit 54 % den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes ein. Unter den Gemeinden schwanken die einzelnen Arten der Flächennutzung erheblich: so hat Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit 91 % den höchsten Anteil an Waldfläche, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 61 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Gemeinde

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2009		2009	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	1 721	100,0	1 721	100,0	3 575 145	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	115	6,7	120	7,0	502 954	14,1
darunter						
Gebäude- und Freifläche	42	2,4	46	2,7	269 953	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	–	–	–	–	4 345	0,1
Verkehrsfläche	68	3,9	68	3,9	195 096	5,5
Erholungsfläche	5	0,3	6	0,3	30 068	0,8
Friedhofsfläche	–	–	–	–	3 493	0,1

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Einwohner und insbesondere deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen oder der Ausweisung von Bauland. Die Zahl der Baden-Württemberger stieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2007 weiter bis auf 10,75 Mill. an. Die letzten zwei Jahre kam es jedoch erstmals wieder zu einem Rückgang der Einwohnerzahl auf einen Stand von 10,74 Mill. Einwohner Ende 2009. Da seit 2006 auch im Südwesten mehr Menschen sterben als geboren werden, reichen die Zuwanderungen nicht mehr aus, um dieses Defizit auszugleichen. Nur gut ein Drittel der 1 102 Gemeinden des Landes verzeichnete 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs der Einwohner, davon allerdings keine Kommune mehr als 5 %.

Die Baden-Württemberger waren Ende des Jahres 2009 durchschnittlich 42,5 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor waren sie mit 40,0 Jahren noch 2,5 Jahre jünger. Die jüngste Bevölkerung im Land lebte 2009 in Wörnersberg im Landkreis Freudenstadt mit durchschnittlich 35,5 Jahren. Die im Landesvergleich älteste Kommune ist – nicht zuletzt aufgrund des dortigen Frauenklosters – Untermarchtal, gelegen im Alb-Donau-Kreis mit 49,9 Jahren. Neben den regionalen Besonderheiten beeinflussen die Geburtenhäufigkeiten und die Zu- oder Fortzüge junger Familien mit kleinen Kindern das Altern einer Kommune.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	735	48	52	43	1990	1 061	50	50	62
1890	749	47	53	44	1994	1 158	51	49	67
1900	665	47	53	39	1998	1 174	52	48	68
1910	728	48	52	42	2002	1 229	52	48	71
1925	675	46	54	39	2003	1 239	52	48	72
1933	680	48	52	40	2004	1 238	52	48	72
1939	671	48	52	39	2005	1 225	51	49	71
1950	930	46	54	54	2006	1 218	51	49	71
1961	922	49	51	54	2007	1 237	51	49	72
1970	1 052	51	49	61	2008	1 242	51	49	72
1987	1 035	50	50	60	2009	1 260	51	49	73

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen						Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)				
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
2001	18	12	+	6	+	5	59	48	+	11	+	9	+	17	+	14
2002	10	12	-	2	-	2	72	49	+	23	+	19	+	21	+	17
2003	15	8	+	7	+	6	70	67	+	3	+	2	+	10	+	8
2004	12	4	+	8	+	6	55	64	-	9	-	7	-	1	-	1
2005	18	13	+	5	+	4	57	75	-	18	-	15	-	13	-	11
2006	11	7	+	4	+	3	48	59	-	11	-	9	-	7	-	6
2007	10	3	+	7	+	6	77	65	+	12	+	10	+	19	+	15
2008	9	8	+	1	+	1	61	57	+	4	+	3	+	5	+	4
2009	13	6	+	7	+	6	47	36	+	11	+	9	+	18	+	14

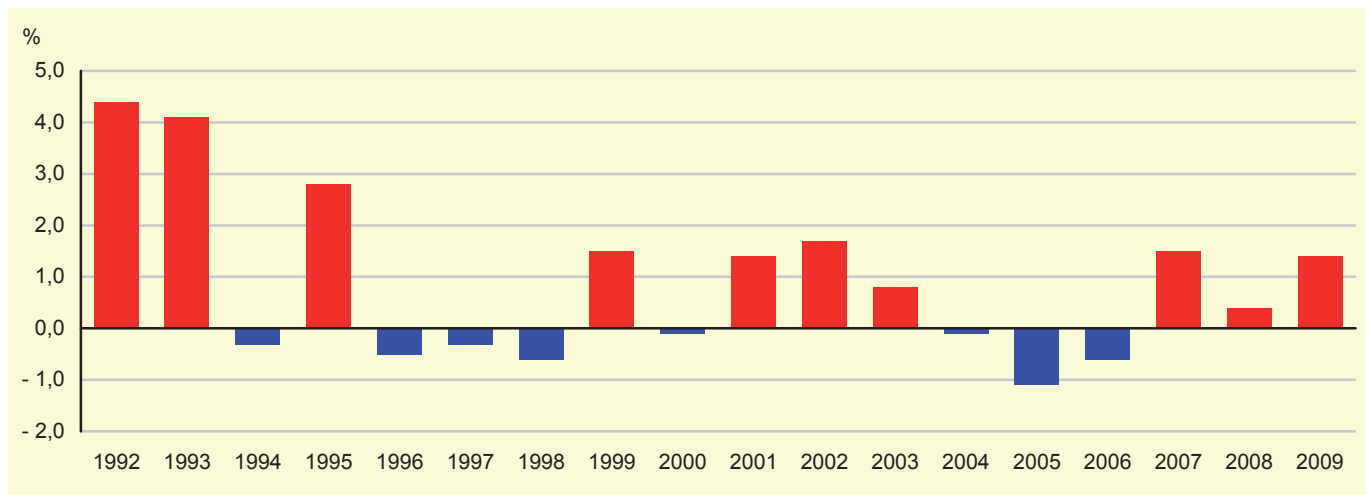
Bevölkerungsstruktur 2009

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	34	3	18	3	16	3	3	3	2	
3 – 6	42	3	21	3	21	3	3	3	3	
6 – 15	149	12	79	12	70	11	9	10	9	
15 – 18	54	4	23	4	31	5	3	3	3	
18 – 25	84	7	42	7	42	7	8	9	8	
25 – 40	217	17	116	18	101	16	19	19	18	
40 – 65	413	33	217	34	196	32	36	37	35	
65 – 75	161	13	78	12	83	13	11	11	11	
75 und mehr	106	8	49	8	57	9	9	7	10	
Insgesamt	1 260	100	643	100	617	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	41,7		41,1		42,3		42,5	41,3	43,7	

Bevölkerungsstruktur 1999

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	39	3	18	3	21	4	3	3	3	
3 – 6	62	5	39	6	23	4	3	3	3	
6 – 15	128	11	65	11	63	11	10	11	10	
15 – 18	33	3	18	3	15	3	3	3	3	
18 – 25	93	8	48	8	45	8	8	8	8	
25 – 40	269	23	142	23	127	22	24	25	23	
40 – 65	393	33	202	33	191	33	32	33	32	
65 – 75	129	11	69	11	60	10	9	8	9	
75 und mehr	46	4	15	2	31	5	7	4	9	
Insgesamt	1 192	100	616	100	576	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	39,0		38,0		40,0		40,0	38,3	41,6	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Wahlen

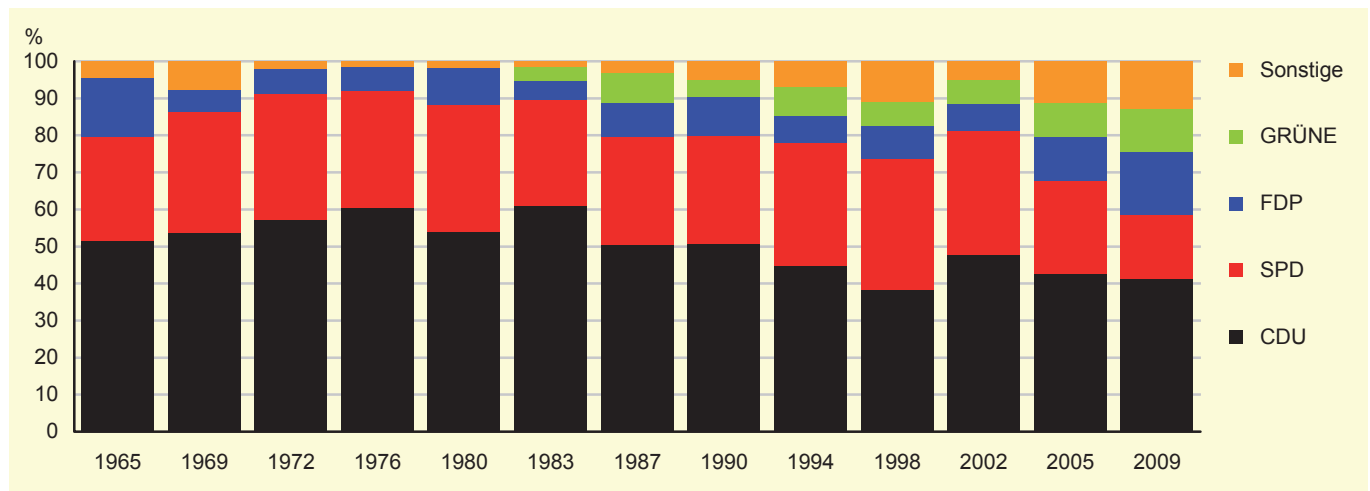
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erwies sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs. Zuletzt fanden im Jahr 2009 die Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag statt. Die CDU lag hierbei mit einem Zweitstimmenanteil von 34,4 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Bundestagswahl 2005 4,8 Prozentpunkte. Die SPD kam auf 19,3 % der gültigen Zweitstimmen und musste damit ihr bislang niedrigstes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl im Land hinnehmen. Die FDP erreichte mit 18,8 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Bundestagswahlen, ebenso wie die GRÜNEN mit 13,9 % der landesweit gültigen Zweitstimmen. Die LINKE kam auf 7,2 %.

Das Interesse der Baden-Württemberger an den Bundestagswahlen ist höher als das an anderen Wahlen. Die Wahlbeteiligung ging aber auch hier auf zuletzt 72,4 % weiter zurück. Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik sind unter den Wahlberechtigten immer mehr Ältere – der Anteil der 60-Jährigen und Älteren war 2009 mit knapp 33 % nahezu doppelt so hoch wie der der unter 30-jährigen Wahlberechtigten (16,9 %).

Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile ²⁾				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	ohne	915	500	57,3	53,5	18,8	11,0	8,2	8,6
Landtagswahl 2001	ohne	897	575	66,9	47,8	32,0	6,0	7,2	7,0
Veränderung		+ 18	- 75	- 9,6	+ 5,7	- 13,2	+ 5,0	+ 1,0	+ 1,6
Bundestagswahl 2009	ohne	936	669	78,1	41,4	17,1	11,7	17,0	12,7
Bundestagswahl 2005	ohne	920	719	86,3	42,6	25,1	9,0	12,1	11,1
Veränderung		+ 16	- 50	- 8,2	- 1,2	- 8,0	+ 2,7	+ 4,9	+ 1,6
Europawahl 2009	ohne	933	568	63,8	44,4	15,4	12,4	11,8	16,1
Europawahl 2004	ohne	919	557	66,4	49,7	18,0	10,5	6,8	15,0
Veränderung		+ 14	+ 11	- 2,6	- 5,3	- 2,6	+ 1,9	+ 5,0	+ 1,1

Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen



Wohnen

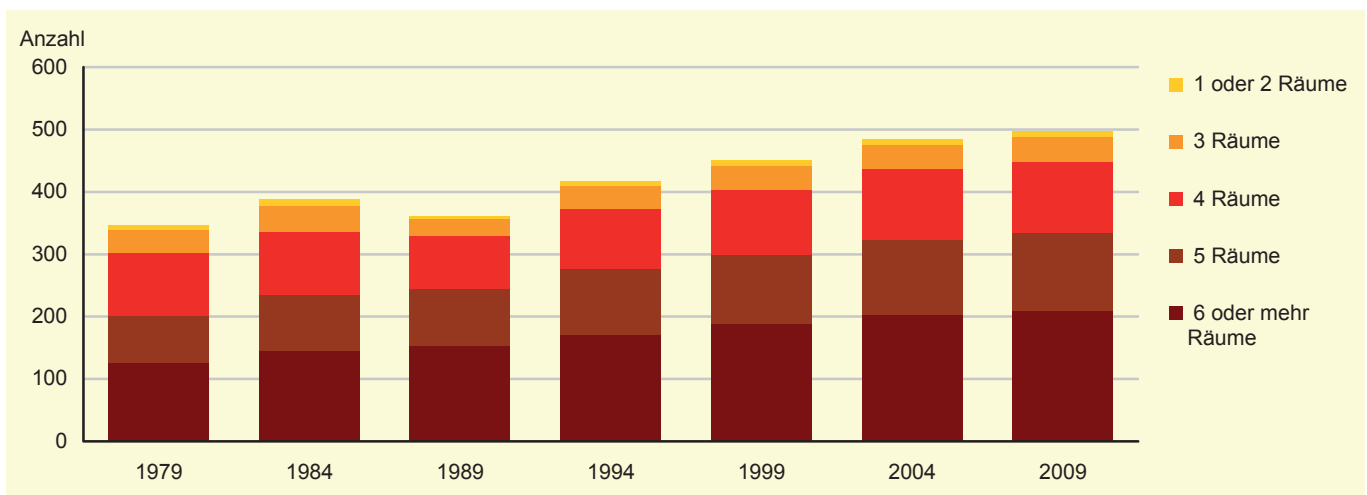
Trotz sinkender Bevölkerungszahl nahm im Jahr 2009 der Wohnungsbestand weiter zu. Die Tendenz zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt die Verbesserung der Wohnverhältnisse führten zu einem Bestand von 2,32 Mill. Wohngebäuden und 4,98 Mill. Wohnungen in Baden-Württemberg. Durchschnittlich 92,1 m² umfasste dabei die Fläche einer Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 216 Einwohner 100 Wohnungen. Damit standen jedem Baden-Württemberger Ende 2009 42,7 m² Wohnfläche zur Verfügung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 39,9 m². Die Zahl der Errichtung neuer Wohngebäude und Wohnungen ist seit Mitte der 90er-Jahre rückläufig und erreichte 2009 mit rund 12 000 fertig gestellten Wohngebäuden einen neuen Tiefstand.

Ende 2009 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und gut 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in den Gemeinden Guggenhausen (Landkreis Ravensburg) und Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit jeweils 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit 27 %, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit knapp 31 %.

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ¹⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1991	281	212	75	62	22	7	2	372	286	36
1993	292	221	76	64	22	7	2	387	300	35
1995	304	224	74	70	23	10	3	424	281	37
1997	310	228	74	72	23	10	3	432	273	38
1999	319	232	73	75	24	12	4	450	265	40
2001	334	243	73	78	23	13	4	470	257	42
2003	341	246	72	82	24	13	4	481	258	42
2005	349	251	72	85	24	13	4	492	249	43
2007	350	250	71	87	25	13	4	495	250	43
2009	353	253	72	87	25	13	4	497	254	43

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Bildung

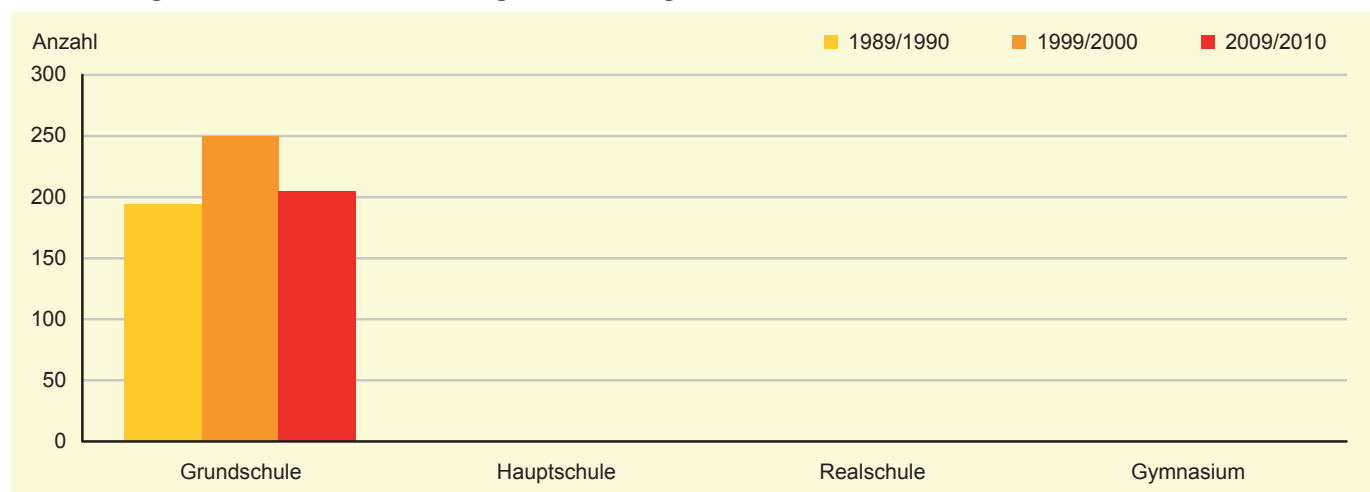
Baden-Württemberg besitzt ein nahezu flächendeckendes Angebot an öffentlichen Grund-, Werkreal-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Darüber hinaus gibt es zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Sonderschulwesen. In einigen dieser sonderpädagogischen Bildungsgänge können auch die Abschlüsse der allgemeinen Schulen erworben werden. Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in den 80er-Jahren war seit den 90er-Jahren im Land wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen ein Maximum erreicht. Seitdem hat sich die Schülerzahl auf knapp 1,23 Mill. im Schuljahr 2009/10 verringert. Bis 2020 dürfte die Zahl weiter auf weniger als eine Million absinken. Schon 2009 wurden weniger Kinder eingeschult als in den Jahren zuvor, was sich in einigen Jahren auf die weiterführenden Schulen auswirken wird. Auf der anderen Seite werden stärkere Jahrgänge aus dem Schulsystem herauswachsen.

Gut 4 200 allgemeinbildende Schulen gab es im Schuljahr 2009/10 in Baden-Württemberg, einschließlich der Abendgymnasien, Abendrealschulen und Kollegs. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. 436 und damit gut jede zehnte Schule stand unter privater Trägerschaft. Darunter waren 56 Freie Waldorfschulen.

Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2009/2010

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt ¹⁾	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 1999/2000	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
Anzahl	Anzahl			Anzahl				
Grundschulen	1	205	205	52	1	26	250	25
Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–
Andere Schularten ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	1	205	205	.	.	X	250	X

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

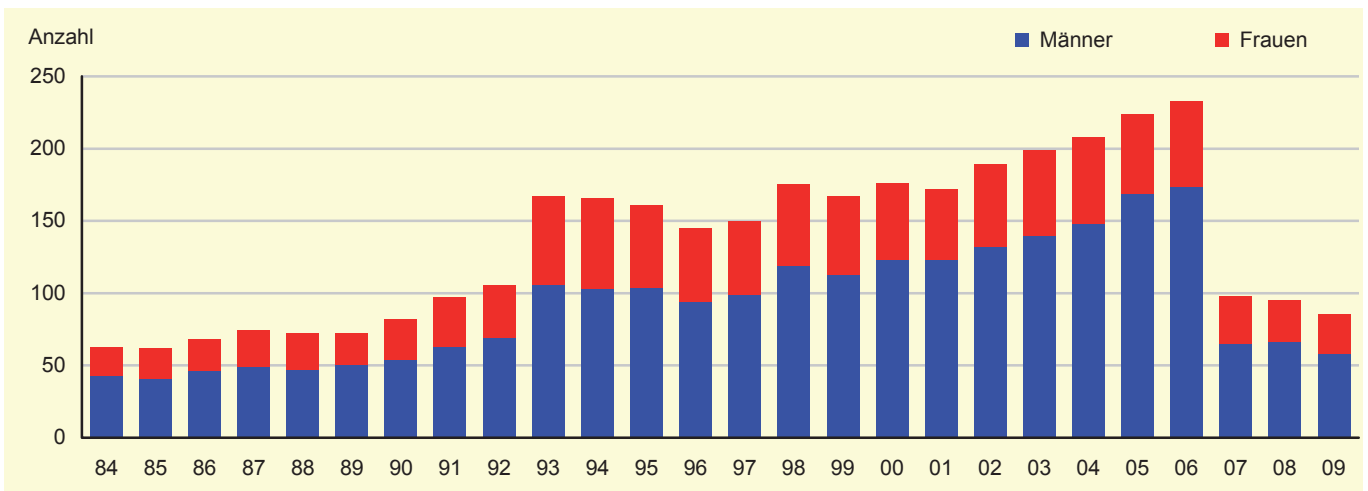
Zur Jahresmitte 2009 waren im Land rund 3,85 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies sind knapp 1 % und damit rund 36 700 weniger als ein Jahr zuvor. Die Vollzeitbeschäftigung verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %, während die Teilzeitbeschäftigung dagegen um 3,3 % auf rund 694 000 Personen zunahm. Mit 18 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt wurde damit ein neuer Höchststand erreicht. Vom Rückgang der Beschäftigtenzahlen war 2009 insbesondere das Produzierende Gewerbe betroffen. Um 36 200 Personen bzw. 2,3 % ging hier die Zahl der Beschäftigten zurück. Im Dienstleistungsbereich waren mit zuletzt 2,35 Mill. fast genauso viele Personen wie im Vorjahr tätig. Der Rückgang der Beschäftigten insgesamt betraf mehr Männer als Frauen, da Männer häufiger in Vollzeit arbeiten und im Produzierenden Gewerbe tätig sind.

Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Arbeitslosen 2009 in Baden-Württemberg an. Im Jahreschnitt waren knapp 285 000 Personen ohne Arbeit und damit 24 % mehr gegenüber dem Vorjahr. Allein die Zahl der unter 25-Jährigen, die etwa ein Zehntel der Arbeitslosen darstellen, nahm um 42 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zahl der 55-jährigen und älteren Arbeitslosen nahm um 31 % auf 42 700 zu. Seit Mai des Jahres 2010 hat sich die Arbeitsmarktlage wieder gebessert.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, sowie Arbeitslose*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
1985	62	61	34	52	13	24
1990	82	79	34	51	13	29
1995	161	136	35	72	12	14
2000	176	148	30	69	19	9	22	45	.	36
2005	224	181	25	76	13	6	34	47	24	15
2006	233	190	25	75	14	7	26	50	.	15
2007	98	80	34	48	31	15	16	56	.	25
2008	95	77	31	47	29	23	18	67	.	.
2009	85	68	32	47	34	19	20	55	20	.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Landwirtschaft

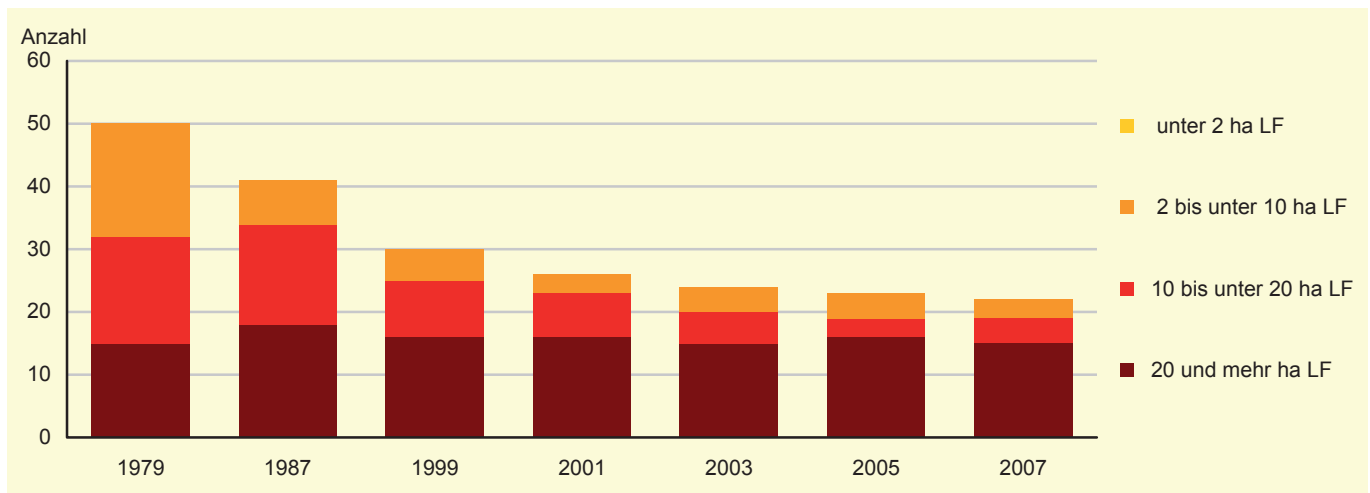
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft führten in den vergangenen Jahrzehnten auf der einen Seite zu einem deutlichen und steten Rückgang der Zahl der Betriebe. Auf der anderen Seite stieg die durchschnittliche Betriebsgröße. 2007 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 57 049 Betriebe gezählt. 17 Jahre zuvor war deren Zahl im Land noch doppelt so hoch. Die Betriebsgröße betrug zu Beginn der 90er-Jahre noch 12,5 ha je Betrieb. Zuletzt ist diese Größe auf 25,2 ha gestiegen. Der Strukturwandel ist Ausdruck eines Anpassungsprozesses vor dem Hintergrund technischer Fortschritte und sich verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, eingebettet in eine europäische Agrarpolitik.

Landesweit wurde im Jahr 2007 eine Fläche von knapp 1,4 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstbauflächen. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und auch Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt. Derzeit werden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 ausgewertet, aktuelle Ergebnisse auf regionaler Ebene werden voraussichtlich ab Mitte 2011 zur Verfügung stehen.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl		ha	%			ha	Anzahl				
1983	43	29	820	73	27	–	19	1 288	36	1 914	53
1987	41	25	817	74	26	–	20	1 364	43	1 606	50
1995	34	16	849	73	27	–	25	1 096	48	1 215	71
1999	30	14	949	64	36	–	32	1 072	54	1 203	71
2001	26	.	928	63	37	–	36	1 000	59	1 114	101
2003	24	15	874	62	38	–	36	969	65	831	76
2005	23	.	879	62	38	–	38
2007	22	11	875	62	38	–	40	956	80	.	.

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Gemeindefinanzen und Personal

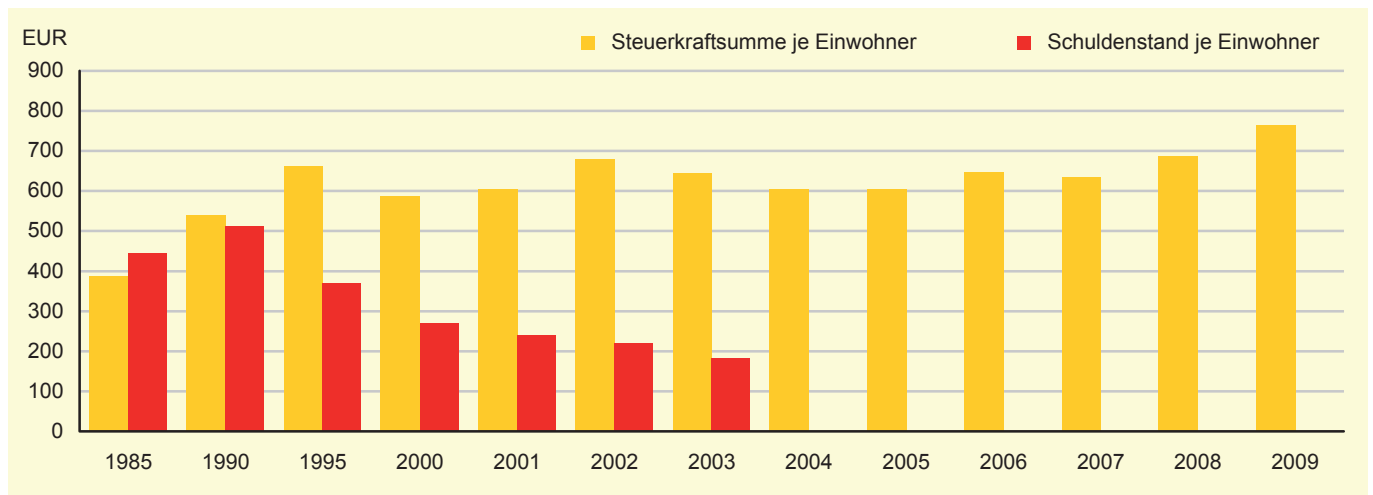
In den Jahren vor 2009 hatten sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinden aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung im Land deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer standen moderaten Zunahmen bei den Ausgaben gegenüber. Die weltweit angespannte wirtschaftliche Situation im Jahr 2009 hinterließ allerdings auch bei den Gemeindefinanzen im Südwesten ihre Spuren: Die Einnahmen insgesamt lagen mit 21 Mrd. Euro um 1,6 Mrd. unter dem Niveau des Vorjahres (- 7,2 %). Mit einem Rückgang von nahezu 25 % brachen darunter insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ein. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging um 11,7 % zurück. Die Ausgaben der Gemeinden im Land stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 11 % auf rund 24 Mrd. Euro.

Die kommunalen Schulden am Kreditmarkt, das heißt die der Kernhaushalte und der Eigenbetriebe, nahmen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 9,5 Mrd. Euro zu. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit landesweit bei rund 883 Euro. 114 der 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs hatten Ende 2009 keine Schulden am Kreditmarkt. Bei zeitlichen und interkommunalen Vergleichen ist jedoch zu bedenken, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl		Steuerkraftsumme		Schuldenstand ¹⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	168	165	282	278	383	377	7	.
1985	226	222	397	388	453	446	9	.
1990	313	303	558	540	531	512	14	.
1995	465	397	774	661	437	369	11	.
2000	500	425	691	587	320	269	10	8
2005	509	412	746	604	0	0	8	7
2006	546	440	804	648	0	0	8	7
2007	542	443	777	634	0	0	8	7
2008	568	461	847	688	0	0	8	8
2009	624	504	945	764	0	0	9	7

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

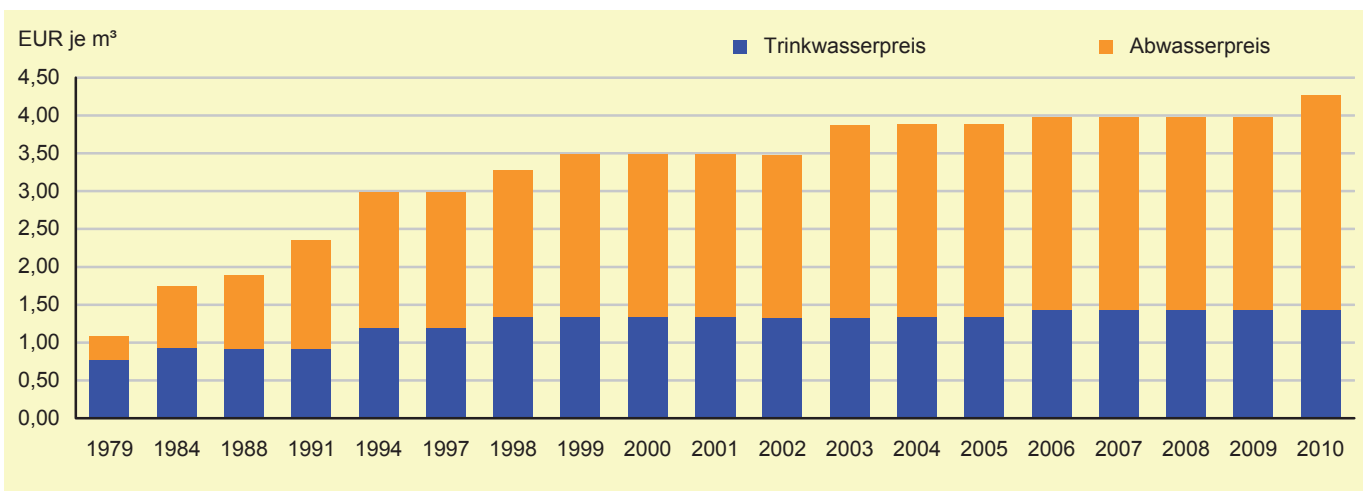
In Baden-Württemberg wurden 2007 insgesamt rund 5,0 Mrd. m³ Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Nach den Ergebnissen der dreijährlich durchgeführten Erhebungen zur Wasserwirtschaft wurden davon 658 Mill. m³ (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist als Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2007 rund 567 Mill. m³. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit noch mal deutlich auf 116 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 52 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der durchschnittliche Kubikmeterpreis für Trink- und Abwasser lag zum 01. Januar 2010 bei 4,16 Euro. Davon entfallen 1,91 Euro auf den Kubikmeter Trinkwasser und 2,25 Euro auf den Kubikmeter Abwasser. Insgesamt 29 der 1 102 Gemeinden in Baden-Württemberg erheben ausschließlich eine gesplittete Abwassergebühr. Die Gebühr für die Entsorgung und Behandlung von Abwasser beträgt dabei durchschnittlich 1,57 Euro je m³ Schmutzwasser und 0,62 Euro je m² Niederschlagswasser.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ¹⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ²⁾	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe					
				in %	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
1 000 m ³			%	Liter	EUR je m ³ ³⁾				
1979	–	7	58	19	33	52	0,77	0,31	1,07
1987	–	9	58	28	48	73	0,82	0,97	1,79
1991	–	7	58	29	50	75	0,92	1,43	2,35
1995	–	5	65	59	91	136	1,20	1,79	2,99
1998	–	2	64	58	91	135	1,34	1,94	3,28
2001	–	8	63	57	90	129	1,34	2,15	3,49
2004	–	4	66	58	88	128	1,34	2,54	3,88
2007	–	6	63	52	83	116	1,44	2,54	3,98
2009	1,44	2,54	3,98

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser*)



Verkehr

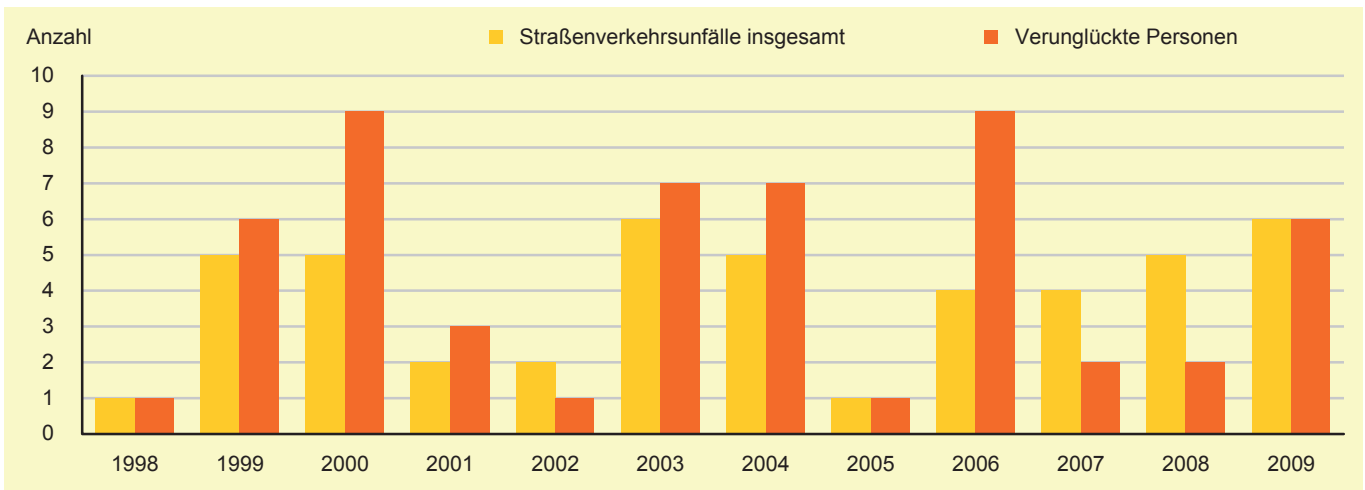
Knapp 6,9 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2009 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden die Fahrzeuge mit einer vorübergehenden Stilllegung bzw. Außerbetriebsetzung nicht mehr aufgeführt, was kurz zu einem methodisch bedingten Rückgang führte. Dennoch war der Kfz-Bestand vor mehr als 30 Jahren nur halb so hoch wie heute. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2009 bei knapp 5,7 Mill. bewegte. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Würtemberger 527 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über eine gut ausgebaute Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs. In ländlicheren Gebieten ist die Pkw-Dichte demzufolge höher. Ebenfalls eine Rolle spielen gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen. Die geringste Pkw-Dichte mit 368 Pkw je 1 000 Einwohner weist Schwarzbach auf (Neckar-Odenwald-Kreis). Direkt danach folgen die Universitätsstädte Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 369 bzw. 373 Pkw je 1 000 Einwohner.

Mit rund 47 000 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen wurde 2009 ein neuer Tiefstand in Baden-Württemberg erreicht. Das trifft auch auf die Zahl der bei Unfällen Getöteten zu. Insgesamt ging die Gesamtzahl der Unfälle mit Personen- bzw. schwerem Sachschaden um knapp 5 % auf 51 800 zurück.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ²⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder ³⁾						
Anzahl									
1991	763	585	36	555	3	2	3	–	1
1995	905	693	42	585	4	3	5	–	3
1999	936	695	56	590	5	5	6	–	4
2003	1 016	757	59	616	6	6	7	1	–
2004	1 036	769	64	621	5	4	7	1	–
2005	1 032	758	69	612	1	1	1	–	–
2006	906	785	75	641	4	4	9	–	3
2007	952	825	80	677	4	2	2	–	2
2008	818	715	69	578	5	1	2	–	1
2009	832	727	70	585	6	5	6	–	1

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2009/10. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote*) .
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 2).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2009 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2009/10.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils der 30.06 des Jahres. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort. Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen. Arbeitslose Jahresdurchschnitte.

- 1) Wirtschaftssystematik:
 - bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit
 - Ausgabe 1983 (WS73)
 - Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993)
 - Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der

Wirtschaftszweige Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit 31.03. 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008, WZ 2008

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Öffentliche Finanzen und Personal

- *) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand: Kreditmarktschulden der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen.

Wasserwirtschaft

- *) Wenn keine Gesamtabwassergebühr nachgewiesen wird, handelt es sich um eine Gemeinde, die gesplittete Abwassergebühren erhebt (für Niederschlagswasser und Schmutzwasser).
- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
 - 2) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren
 - 3) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001: DM in Euro umgerechnet.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
 - 2) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.
 - 3) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebauten unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau land (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Haupterwerbsbetriebe

Bis zum Jahr 1995 entschied allein das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Einstufung eines Betriebes als Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, in denen

das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen, zählten zu den Haupterwerbsbetrieben. Seit 1997 bilden die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach gelten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachte man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang

der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de